

Annoncen.  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wibelsmstr. 17)  
bei C. H. Ulrici & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streisand,  
in Lübeck bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 263.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 15. April.

Auflagen-Bureau.  
Jf. Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Dauw & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Moos.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

1880.

## Amtliches.

Berlin, 14. April. Der Kaiser hat den bisherigen Konsul in Hioo-Safa, Dr. jur. Focke, zum Generalkonsul in Schanghai ernannt.

Der König hat dem Kaufmann David Berliner zu Flatow den Charakter als Kommissionsrath verliehen.

Der König hat durch Allerhöchste Ordre vom 10. März und resp. 5. April d. J. bestimmt, daß die jedesmaligen Vorsitzenden der königlichen Eisenbahn-Direktionen in Bromberg, Berlin, Magdeburg, Hannover, Elberfeld und Frankfurt a. M., der königlichen Direktionen der Oberschlesischen Eisenbahn in Breslau, der königlichen Direktion der Köln-Windmühlen-Eisenbahn in Köln, wie der königlichen Direktion der Rheinischen Eisenbahn dafelbst — deren Ernennung fortan Allerhöchster Entschließung vorbehalten ist — den Amtstitel „Präsident“ führen sollen, womit der Rang der Nähe zweiter Klasse verbunden sein soll.

Die ordentliche Seminarlehrerin Helene Watter zu Augustenburg ist an die königliche Augusta-Schule zu Berlin versetzt worden.

## Deutscher Reichstag.

29. Sitzung.

Berlin, 14. April, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates Hofmann. Tagesordnung: Petitionen der hessischen Bürgermeisterei zu Bingen im Auftrage der Gemeinden Rheinhessen und der Gemeinden Rüdesheim, Geisenheim, Winkel, Johannesberg u. a. im Rheingau, betreffend das Verbot der Einführung bewurzelter Gewächse aus dem Auslande und das Verbringen von Reben und Rebtheilen, ausschließlich der Trauben, über die Grenzen des Gemeindebezirks.

Die Petitionskommission beantragt durch ihren Referenten Abg. v. Lerchenfeld: Diese Petitionen dem Reichskanzler zu überweisen mit dem Erfassen: 1) zu veranlassen, daß ähnliche Bestimmungen wie die des preußischen Gesetzes vom 7. Februar 1878 für das ganze Reich erlassen werden; 2) Maßregeln zu treffen in Bezug auf den Versand von Reben (Blindholz oder sogenannte Schnittlinge oder ganz besonders Wurzelreben) durch Handelsgärtnerien, Reb- und Baum- und Pflanzschulen, und 3) in Erwägung zu ziehen, ob etwa zum Schutz des deutschen Weinbaues und zur Verbüttung der internen Verschleppung der Reblaus, abgesehen von der sofortigen Ausführung der internationalen Konvention, weitere Beschränkungen des Rebenvorstands im Inlande in Aussicht zu nehmen seien.

Die Abg. Schulze, Thilenius und Schröder beantragen an die Stelle der Nr. 3 des Kommissionsantrages die folgende zu setzen: ferner im Wege der Reichsgesetzgebung den Verkehr mit Reben und Rebtheilen, ausschließlich der Trauben, in denjenigen Gegenden des deutschen Reiches, in denen Weinbau getrieben wird, zu untersagen und das Zuverhandeln mit angemessener Strafe zu belegen. Unter Weinbau wird die Kultur von Reben zum Behufe der Weinbereitung verstanden. Die besondere Abgrenzung der dem Verbot zu unterstehenden Weinbaudistrikte wird durch die betreffenden Landesregierungen bestimmt.

Abg. Schröder (Friedberg) beantragt außerdem in Nr. 1 statt „für das ganze Reich“ zu sagen: „in den einzelnen Bundesstaaten“. Der Antragsteller führt aus, daß sein Vorschlag sachlich keine Abweichung von dem Kommissionsantrag enthalte. Die Kompetenz des Reiches, die übrigens schon durch das Reichsgesetz von 1875 festgestellt sei, sollte nicht in Frage gestellt werden. Die von der Kommission vorgeschlagene Fassung könnte es erscheinen lassen, als ob es sich um ein Reichsgesetz handle, während doch die Petitions-Kommission selbst nur landesgesetzgeberische Maßregeln erwarte. Dem preußischen Beispiele seien einige Einzelstaaten gefolgt, so Hessen und Baden. Die preußischen Bestimmungen seien theils Ausführungen der bekannten internationalen Konvention, theils wollten sie auch einen Schutz im Innern des Landes schaffen. Die dadurch entstehenden Kosten fallen den Einzelstaaten zur Last, deshalb sei sein Antrag zu empfehlen. Ferner habe das Reichsgesetz von 1875 wegen der mangelhaften Organisation nicht den erwarteten Erfolg gehabt, denn die Reichskommissare seien erlahmt, weil sie bei den Einzelstaaten keine Unterstützung fanden.

Abg. Bühl: Ich gestehe, daß ich immer mit einer gewissen Befangenheit in dieser Angelegenheit vor Ihnen das Wort ergreife. Denn die ganze Sache hat doch für den größten Theil Deutschlands nur ein entferntes Interesse. Bedenken wir aber, daß Frankreich von einem Besitz von 15 Milliarden Franken an Weinbergen schon über 4 Milliarden im Jahre 1877 durch dieses verheerende Infekt verloren hat, daß dort alle Hilfsmittel wirkungslos geblieben sind, daß die Krankheit unaufhaltbar fortgang nimmt, daß Frankreich, von der Not geprägt, seine vortrefflichen Traubensorten mit den viel werthloseren amerikanischen, die in unserem Klima überhaupt nicht reisen, erziehen müste, und wenn wir bedenken, daß in Deutschland zwei Millionen Menschen mit ihrer Existenz am Weinbau hängen, so glaube ich, daß wir die Bemühungen, die wir hier angestellt haben, nicht zu bereuen haben werden. In erster Linie hat der von den kompetentesten Sachverständigen bejubigte Kongress zu Lausanne einstimmig sein Votum dahin ausgesprochen, daß die Reblaus aus Amerika eingeschleppt, die ursprüngliche und alleinige Ursache der nach ihr benannten Krankheit ist und daß die mehr nördliche Lage die Krankheit zwar aufhalte, ihre Verbreitung aber doch nicht hindere. Es wurde also ausdrücklich anerkannt, daß die Gefahr bei uns zwar langsam fortspredet, daß ihr Schlussfolg aber derselbe ist wie in irgend einem der bisher infizierten Länder. Zu diesen Erfahrungen kommen die in Kloster-Neuburg gemachten, wo unter analogen Verhältnissen wie bei uns die Versuchsweinberge trotz der besten Pflege zerstört worden sind. Wir sehen aus dem Gutachten von Autoritäten (Kedner verliest mehrere Gutachten), daß, wo die Krankheit bei uns die auffallend kleinste Verbreitung gefunden hat, dies aus einer Reihe von Gründen geschehen ist, die für uns keine Beruhigung gewähren. Im letzten Jahre hat eine Infektion in Deutschland in den Simon'schen Rebschulen erstaunliche Erscheinungen aufgewiesen, als in irgend einem südlichen Klima. Auch die von mancher Seite bezeichnete Verschleppung der Krankheit ist vollständig nachgewiesen. Ich wende mich jetzt zu den vorliegenden Entwürfen und Anträgen. Gegen den Antrag Schröder habe ich eine Reihe lebhafter Bedenken. Zuerst das formelle, daß der Reichskanzler gar nicht die Mittel hat, die beabsichtigten gesetzlichen Maßregeln in den Bundesstaaten zu provozieren. Auch mache ich darauf aufmerksam, daß nur ein rassisches intensives Vorgehen die Möglichkeit eines Erfolges bietet, und dieses würde in

vielen Staaten nicht leicht möglich sein. Dem Kollegen Schröder muß ich auch an der Hand des Berichts, der über die Wirksamkeit des Gesetzes von 1875 mitgetheilt worden ist, ganz entschieden widersprechen, daß dasselbe keinen Erfolg gehabt habe. Die Anträge der Petitions-Kommission werden gewiß einen sehr praktischen Erfolg haben, ich würde mir aber doch erlauben, einige Modifizierungen vorzuschlagen. Die preußischen Bestimmungen vom 27. Februar 1878, wie sie jetzt gehandhabt werden, sind nicht weitgehend genug. Die bedeutendste Infektion, die wir bis jetzt in Deutschland haben, besteht in den Gärtnereien von Erfurt. Fast in jedem Jahre werden dort neue Herde der Krankheit entdeckt und trotzdem scheint wenigstens aus dem erfurter Pflanzen-Katalog hervorzugehen, daß der Nebenhandel in der ganzen Umgegend von Erfurt ungehindert fortduert. Die einzige wirksame Maßregel wäre ein Verbot des Rebenvorlands innerhalb Deutschlands oder wenigstens nach den Weinbautreibenden Gegend. Wenn ein solches Verbot erlassen wird, wird die allgemeine Wachsamkeit der dabei interessirten Kreise so sehr auf Kontraventionen gerichtet sein, daß es der Polizeiorgane gar nicht bedürfen wird, um die Durchführung der Bestimmung aufrecht zu erhalten. Ein solches Verbot mag ja unbedeckt sein, aber ein Bedürfnis sind die fremden Reben nicht, das beweist schon die Kleinheit der Pflanzschulen. Allerdings wird es nothwendig sein, daß die Landesregierungen kleinere Bezirke bilden, in denen Reben ausgetauscht werden können. Erst wenn das Verbot des Verbands praktisch durchgeführt würde, würde auch die Kontrolle eine leichte sein, dann müßten aber auch der Versender und der Empfänger bestraft werden. Über die nothwendige Organisation wird sich der Abg. Schulze noch auslassen. Die betreffende Schutzzone müßte entweder vom Bundesrat oder von den Einzelregierungen bestimmt werden; die kleinen Bezirke aber, in denen der Verkehr mit Reben gestattet ist, müßten jedenfalls von den Einzelstaaten festgesetzt werden. Wir sind bei unsern schweren Kämpfen gegen die drohende Gefahr bisher von den Landesregierungen kräftig unterstützt worden; ich möchte die Regierung bitten, uns diese Unterstützung noch weiter zu gewähren; es handelt sich um eine Frage, bei der jeder interessiert ist, der sich des deutschen Weines freut. (Beifall.)

Abg. Ackermann: Es handelt sich hier um einen blühenden Industriezweig, der vollständig lahm gelegt wird, wenn den Wünschen der Petenten keine Rechnung getragen wird, nämlich um die deutsche Gärtnerei, welche vielfach Pflanzen, Coniferen u. s. w. nach dem Auslande, vorzüglich nach Österreich, exportirt. Der Transport ist aber nur möglich, wenn die Wurzeln der Pflanzen mit Erde bedeckt bleiben, und einen solchen Transport verbieten die Bestimmungen der internationalen Reblauskonvention. Ich wünsche, dem Reichskanzler die betreffende Petition zur Erwähnung zu überweisen, damit ein solcher für die deutsche Gärtnerei so hochwichtiger Export möglich werde. Allerdings gebe ich zu, daß von etwaigen erleichternden Bestimmungen diejenigen Gärtnerei, welche Pflanzen- und Nebenbau betreiben, keinen Gebrauch machen dürfen.

Abg. Schulze-Delissch: Auch in Preußen ist mehrfach hervorgehoben worden, daß die durchgreifende Regelung dieser wichtigen Frage vor das Reich und nicht vor die Landesgesetzgebung gehöre. Ich will noch darauf aufmerksam machen, daß es in den meisten Fällen nicht gelungen ist, zu konstatiren, wohin von den Infektionsherden Reben verschickt worden sind. Der Regierungskommissar hat darauf hingewiesen, daß es noch vieler Untersuchungen über die Mittel zur Bekämpfung der Reblaus bedürfe, ehe man ein gutes Gesetz machen könne. Wartet man aber bis dahin mit dem Erlaß des Gesetzes, dann wird mit demselben dem Nebel wahrscheinlich nicht mehr beizukommen sein. Es gibt kein anderes Mittel als die Absperzung; durch meinen Antrag wird die bedeutende Industrie der deutschen Handelsgärtnerie durchaus nicht bedroht, derselbe spricht nur von den wirklichen Weinbau-Gebieten.

Abg. Schröder (Friedberg) beantragt außerdem in Nr. 1 statt „für das ganze Reich“ zu sagen: „in den einzelnen Bundesstaaten“. Der Antragsteller führt aus, daß sein Vorschlag sachlich keine Abweichung von dem Kommissionsantrag enthalte. Die Kompetenz des Reiches, die übrigens schon durch das Reichsgesetz von 1875 festgestellt sei, sollte nicht in Frage gestellt werden. Die von der Kommission vorgeschlagene Fassung könnte es erscheinen lassen, als ob es sich um ein Reichsgesetz handle, während doch die Petitions-Kommission selbst nur landesgesetzgeberische Maßregeln erwarte. Dem preußischen Beispiele seien einige Einzelstaaten gefolgt, so Hessen und Baden. Die preußischen Bestimmungen seien theils Ausführungen der bekannten internationalen Konvention, theils wollten sie auch einen Schutz im Innern des Landes schaffen. Die dadurch entstehenden Kosten fallen den Einzelstaaten zur Last, deshalb sei sein Antrag zu empfehlen. Ferner habe das Reichsgesetz von 1875 wegen der mangelhaften Organisation nicht den erwarteten Erfolg gehabt, denn die Reichskommissare seien erlahmt, weil sie bei den Einzelstaaten keine Unterstützung fanden.

Abg. Bühl: Ich gestehe, daß ich immer mit einer gewissen Befangenheit in dieser Angelegenheit vor Ihnen das Wort ergreife. Denn

die ganze Sache hat doch für den größten Theil Deutschlands nur ein entferntes Interesse. Bedenken wir aber, daß Frankreich von einem Besitz von 15 Milliarden Franken an Weinbergen schon über 4 Milliarden im Jahre 1877 durch dieses verheerende Infekt verloren hat, daß dort alle Hilfsmittel wirkungslos geblieben sind, daß die Krankheit unaufhaltbar fortgang nimmt, daß Frankreich, von der Not geprägt, seine vortrefflichen Traubensorten mit den viel werthloseren amerikanischen, die in unserem Klima überhaupt nicht reisen, erziehen müste, und wenn wir bedenken, daß in Deutschland zwei Millionen Menschen mit ihrer Existenz am Weinbau hängen, so glaube ich, daß wir die Bemühungen, die wir hier angestellt haben, nicht zu bereuen haben werden. In erster Linie hat der von den kompetentesten Sachverständigen bejubigte Kongress zu Lausanne einstimmig sein Votum dahin ausgesprochen, daß die Reblaus aus Amerika eingeschleppt, die ursprüngliche und alleinige Ursache der nach ihr benannten Krankheit ist und daß die mehr nördliche Lage die Krankheit zwar aufhalte, ihre Verbreitung aber doch nicht hindere. Es wurde also ausdrücklich anerkannt, daß die Gefahr bei uns zwar langsam fortspredet, daß ihr Schlussfolg aber derselbe ist wie in irgend einem der bisher infizierten Länder. Zu diesen Erfahrungen kommen die in Kloster-Neuburg gemachten, wo unter analogen Verhältnissen wie bei uns die Versuchsweinberge trotz der besten Pflege zerstört worden sind. Wir sehen aus dem Gutachten von Autoritäten (Kedner verliest mehrere Gutachten), daß, wo die Krankheit bei uns die auffallend kleinste Verbreitung gefunden hat, dies aus einer Reihe von Gründen geschehen ist, die für uns keine Beruhigung gewähren. Im letzten Jahre hat eine Infektion in Deutschland in den Simon'schen Rebschulen erstaunliche Erscheinungen aufgewiesen, als in irgend einem südlichen Klima. Auch die von mancher Seite bezeichnete Verschleppung der Krankheit ist vollständig nachgewiesen. Ich wende mich jetzt zu den vorliegenden Entwürfen und Anträgen. Gegen den Antrag Schröder habe ich eine Reihe lebhafter Bedenken. Zuerst das formelle, daß der Reichskanzler gar nicht die Mittel hat, die beabsichtigten gesetzlichen Maßregeln in den Bundesstaaten zu provozieren. Auch mache ich darauf aufmerksam, daß nur ein rassisches intensives Vorgehen die Möglichkeit eines Erfolges bietet, und dieses würde in

vielen Staaten nicht leicht möglich sein. Dem Kollegen Schröder muß ich auch an der Hand des Berichts, der über die Wirksamkeit des Gesetzes von 1875 mitgetheilt worden ist, ganz entschieden widersprechen, daß dasselbe keinen Erfolg gehabt habe. Die Anträge der Petitions-Kommission werden gewiß einen sehr praktischen Erfolg haben, ich würde mir aber doch erlauben, einige Modifizierungen vorzuschlagen. Die preußischen Bestimmungen vom 27. Februar 1878, wie sie jetzt gehandhabt werden, sind nicht weitgehend genug. Die bedeutendste Infektion, die wir bis jetzt in Deutschland haben, besteht in den Gärtnereien von Erfurt. Fast in jedem Jahre werden dort neue Herde der Krankheit entdeckt und trotzdem scheint wenigstens aus dem erfurter Pflanzen-Katalog hervorzugehen, daß der Nebenhandel in der ganzen Umgegend von Erfurt ungehindert fortduert. Die einzige wirksame Maßregel wäre ein Verbot des Rebenvorlands innerhalb Deutschlands oder wenigstens nach den Weinbautreibenden Gegend. Wenn ein solches Verbot erlassen wird, wird die allgemeine Wachsamkeit der dabei interessirten Kreise so sehr auf Kontraventionen gerichtet sein, daß es der Polizeiorgane gar nicht bedürfen wird, um die Durchführung der Bestimmung aufrecht zu erhalten. Ein solches Verbot mag ja unbedeckt sein, aber ein Bedürfnis sind die fremden Reben nicht, das beweist schon die Kleinheit der Pflanzschulen. Allerdings wird es nothwendig sein, daß die Landesregierungen kleinere Bezirke bilden, in denen Reben ausgetauscht werden können. Erst wenn das Verbot des Verbands praktisch durchgeführt würde, würde auch die Kontrolle eine leichte sein, dann müßten aber auch der Versender und der Empfänger bestraft werden. Über die nothwendige Organisation wird sich der Abg. Schulze noch auslassen. Die betreffende Schutzzone müßte entweder vom Bundesrat oder von den Einzelregierungen bestimmt werden; die kleinen Bezirke aber, in denen der Verkehr mit Reben gestattet ist, müßten jedenfalls von den Einzelstaaten festgesetzt werden. Wir sind bei unsern schweren Kämpfen gegen die drohende Gefahr bisher von den Landesregierungen kräftig unterstützt worden; ich möchte die Regierung bitten, uns diese Unterstützung noch weiter zu gewähren; es handelt sich um eine Frage, bei der jeder interessiert ist, der sich des deutschen Weines freut. (Beifall.)

Abg. Schulze-Delissch: Der Weinbau muß in seiner Totalität geschützt werden; nur die Absperzung schützt. Es ist Not am Mann, deshalb können wir die Frage nicht der Erwähnung der Regierung überlassen.

Abg. Thilenius richtet die Bitte an die Regierung, daß von dem Antrage Schulze geforderte dringliche Gesetze dem Reichstage noch in dieser Session vorzulegen.

Referent Frhr. v. Lerchenfeld bekämpft den Antrag Schulze als zu weitgehend, derselbe wird jedoch mit den Kommissionsanträgen angenommen.

Die Wahl des Abg. Lorette im 13. einsatz-löhringer-schen Wahlkreis wird dem Antrage der Wahlprüfungs-Kommission gemäß, für welche der Abg. v. Schönning referirt, für gültig erklärt und der Reichskanzler ersucht, vorgekommene Unregelmäßigkeiten zu rügen.

Schluss 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Militärnovelle, Flachszoll.)

Inserate 20 Pf. die sechseinhalb Seiten oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Über längere Reisen sind noch keine Bestimmungen getroffen. — Dasselbe halbjährliche Blatt berichtet in seinem leitenden Artikel über die zweite Beratung der Militär-Vorlage im Reichstage und gibt dabei die Rede des Abg. Rickert in ausführlichem Auszuge wieder. Ob das Zentrum den Wink versteht?

Über die Bundesrathssitzung am 12. wird noch bemerkt, daß Württemberg gegen die Motivierung des bairischen Antrags, es habe den Vertretern der Staaten in der Sitzung vom 3. April bei Beratung über den Quittungstempel auf Postanweisungen an genügender Instruktion gefehlt, Einwendungen erhob und auch gegen den Antrag selbst mit einigen kleinen Staaten stimmte; andererseits wird von der „Nat.-Ztg.“ meldet, daß sich Württemberg, Mecklenburg-Strelitz und Hamburg der Stimmenabgabe enthalten hätten. Weiter wird (der „Kölner Ztg.“) berichtet, der württembergische Bevollmächtigte habe in der betreffenden Sitzung des Bundesraths die Notwendigkeit betont, derartige Änderungen in der Geschäftsordnung des Bundesraths vorzunehmen, daß Vorgänge, wie derjenige bei der Abstimmung vom 3. d. M. vermieden werden dürften. Ferner wurde ein Antrag auf Einführung zweiter Lesungen in Anregung gebracht; es heißt auch nach der „Nat. Ztg.“, daß ein Antrag gegen die jetzige Handhabung des Substitutionswesens von Preußen eingebracht sei. Gestern fand wieder eine kurze Bundesrathssitzung statt, in welcher u. A. der Antrag Preußens auf Änderung der Geschäftsordnung debattirt wurde.

In der Gruppe der dem Reichstag zugegangenen Vorlagen, welche auf einem Abkommen mit Österreich-Ungarn beruhen, ist neben der Verlängerung des Handelsvertrags von allgemeinem Interesse der Gesetzentwurf betreffend die Konkurrenzbarkeit in Bosnien und in der Herzegowina, insfern als er sich indirekt auf eine der wichtigsten schwierigen Fragen der Orientkrise bezieht und den Beweis liefert, daß man deutscherseits von der Voraussetzung ausgeht, die österreichische Besitzergreifung jener Provinzen stelle ein zum mindesten in dem Maße dauerndes Verhältnis dar, daß es angezeigt ist, die auf Grund der türkischen Herrschaft getroffenen Schutzmaßregeln mit den veränderten Zuständen der österreichischen Herrschaft in Einklang zu bringen. So viel wir wissen, geht Deutschland mit diesem Schritt allen anderen Nationen voran, und es liegt darin unverkennbar eine neue Unterstützung und Anerkennung der österreichischen Orientpolitik. Der Gesetzentwurf schlägt vor, daß dem deutschen Konsul in Serajewo für Bosnien und die Herzegowina zustehende Gerichtsbarkeit mit Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung eingeschränkt oder außer Nutzung gestellt werden kann, und in der Begründung wird dabei u. A. das Folgende bemerkt:

„In Bosnien und in der Herzegowina hat sich das Recht der deutschen Konsuln zur Ausübung einer Konsulargerichtsbarkeit in derselben Weise wie in anderen Theilen des ottomanischen Reichs herausgebildet. Für den Umgang dieses Rechts sind theils die mit der Pforte abgeschlossenen Verträge (Kapitulationen), theils das Herkommen maßgebend, welches sich im Anschluß an jene Verträge und die in ihnen enthaltene Meistbegünstigungsklausel entwickelt hat. Diese Gerichtsbarkeit ist dadurch, daß Bosnien und die Herzegowina in Gemäßigkeit des Artikels 25 des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878 von Österreich-Ungarn besetzt und in Verwaltung genommen worden sind, nicht berührt worden. Diese politische Veränderung hat indessen in den Zuständen jener Länder eine wesentliche Umgestaltung zur Folge gehabt. Die Landesgerichte sind neu organisiert und mit Beamten bekleidet, welche die Gewähr einer unparteiischen Rechtsplege bieten. Die Polizei ist dem Bedürfnis entsprechend in gleicher Weise, wie in anderen Kulturländern eingerichtet und dadurch ein befriedigender Zustand der öffentlichen Sicherheit hergestellt worden. Am 1. September 1879 ist für jene Provinzen ein neues Strafgesetzbuch in Kraft getreten, welches für die Strafrechtsplege eine geeignete Grundlage gewährt; der Erlaß einer neuen Strafprozeßordnung steht bevor, und es darf vorausgesetzt werden, daß die österreichisch-ungarische Regierung es sich angelehnzt lassen wird, auch den Nebenständen Abhilfe zu schaffen, welche aus dem Mangel einer Zivilprozeßordnung und eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches sich ergeben möchten. Unter diesen wesentlich veränderten Umständen sind die Gründe wegfall gekommen, aus denen bisher die Konsulargerichtsbarkeit für die Interessen der deutschen Reichsangehörigen von Bedeutung war. Die Vorkehr, welche die österreichisch-ungarische Regierung für die allgemeine Rechtssicherheit in jenen, ihrer Verwaltung unterstehenden Provinzen getroffen hat, läßt den besonderen Schutz nicht mehr erforderlich erachten, welcher den Deutschen bisher durch die Ausübung der Konsulargerichtsbarkeit gewährt wurde.

tanen Blättern herrscht eine lebhafte Auseinandersetzung, weil die konservative Partei im Reichstage für Verwerfung des Antrags auf Befreiung der Geistlichen vom Militärdienst gestimmt hatte. Wir nehmen Notiz von dieser Fehde zwischen „Kreuzzeitung“ und „Germania“. Die Konservativen können sich daraus eine Lehre ziehen, wie unbedingt sie den Forderungen des Ultramontanismus zu Willen sein müssen, wenn derselbe ihnen die Bundesgenossenschaft nicht kündigen soll. Noch stehen wir im ersten Stadium der Verständigungsversuche mit der Kurie, und schon zeigt es sich, daß auch Herr v. Kleist-Reckow und der Minister v. Puttkamer noch weit von einem nach Ansicht des Centrums korrekten Standpunkt entfernt sind. Nach den Vorgängen in der preußischen Landtagssession haben die Konservativen es reichlich verdient, jetzt in dieser Weise von den Blättern des Centrums zur Rede gestellt zu werden.

Aus Österreich kommen Nachrichten, denen zufolge eine abermalige Ministerkrise nicht unwahrscheinlich ist. Über eine Woche lang hat im Abgeordnetenhaus die Budget-debatte gewährt. Die Parteien hatten einander bekämpft, die Regierung hatte ihre Erklärungen abgegeben, praktische Resultate waren aber dabei nicht erzielt worden. Die Parteien verstehen sich unter einander nicht und verstehen die Regierung nicht. Nach der Debatte kam es zur Abstimmung, und da geschah am Dienstag das Unerwartete, daß der Dispositionsfonds mit 321 Stimmen Majorität abgelehnt wurde. Mit der Majorität gegen die Regierung stimmten die Ruthenen, mehrere mährische Großgrund-Besitzer, ferner der Sektions-Chef Schwoegel. Das Resultat wurde nur durch das Fehlen mehrerer Polen ermöglicht. Der Eindruck auf die Ministerbank war konsternirend. Der Ministerpräsident Taaffe verließ den Saal vor der Abstimmung. Die Situation ist dadurch sehr komplizirt, daß die siegreiche Majorität faktisch nur die Minorität des vollständigen Hauses ist. Das Vorkommnis beweist einmal wieder die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen parlamentarischen Zustände in Österreich, wo die zur Unterstützung der Regierung nothwendige Majorität durch einen geringen Zwischenfall zur Minorität werden kann. Das einzige Mittel, um endgültige Besserung zu schaffen, wird die Auflösung des Abgeordnetenhauses sein müssen.

Nach den Meldungen aus Petersburg steht es um den Fürsten Gortschakow sehr bedenklich. Sein Gesundheitszustand war schon seit einiger Zeit so klaglich, daß er sich um politische Dinge nur wenig kümmern konnte. Die laufenden Geschäfte besorgte Herr v. Giers unter der Leitung des Kaisers selbst, und in der diplomatischen Welt sagte man schon lange von Gortschakow, er sei ein todter Mann. Wenn die auswärtigen Angelegenheiten in den letzten Wochen noch seine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen könnten, so geht er aus der Welt mit einer gewissen Befriedigung. Der Triumph der Whigs bei den englischen Wahlen wird in Russland fast wie ein eigener Sieg gefeiert, namentlich von der panslawistischen Partei, mit welcher der russische Reichskanzler leider in den letzten Jahren sich eingelassen hatte. Einige russische Blätter sind überzeugt, daß die Whigs wegen der Türkei auch nicht den kleinen Finger rühren würden, daß gar die Liquidation der orientalischen Erbschaft bevorstehe. Indessen, wenn auch die Whigs in ihren Wahlreden die auswärtige Politik der Tories bekämpft haben, so werden sie doch im Amt nicht umhin können, diese Politik vorerst fortzusetzen, wenn auch mit weniger Nachdruck. Die Haltung der russischen Presse gegen Frankreich zeigt hingleich, daß die Verstimmung zwischen beiden Reichen nicht allzu rasch beseitigt werden kann. Die Rückreise des Fürsten Orlow nach Paris steht übrigens in der nächsten Zeit noch keineswegs bevor.

Ruhig, aber entschlossen geht die französische Regierung ihren Weg, und wenn sie ausharrt, so wird der Episkopat sich vor den Gesetzegebungen beugen oder die harten Folgen seiner Ablehnung zu tragen haben. Die Regierung hat dar Ordnung geistlichkeit die Frist von 3 Monaten gelassen und muss bis dahin ruhig abwarten, was im Rathe der Jesuiten beschlossen wird. Jules Ferry sprach sich über die Haltung des Kabinetts bei dem vom General-Rath der Baccalien ihm vorgebrachten Entschluss fälschend aus.

der Vögeln ihm gegebenen Festmahl folgendermaßen aus:  
Wir haben zwei Arten der Geistlichkeit vor uns: die des Konfodats, die in unseren Pfarreien, die wir kennen, die wir ehren mit der wir durch einen Vertrag verbunden sind und die von uns in den Grenzen dieses Vertrages abhängig ist; die andere Art, diejenige der Kongregationen, eine Geistlichkeit, die wir nicht kennen, die uns unbekannt bleiben will, von der das Konfodat nichts weiß und die unter allerlei Namen und unter Gewändern von allen Farben außerhalb der Konfodatskirche eine Kirche gründen will, die nicht vom französischen Staat abhängt, sich zum Schaden des anerkannten Klerus retrahirt und bereichert und ausschließlich von einer ausländischen Souveränität, von einer römischen Souveränität abhängt. Sollte ein solcher Versuch gelingen, wäre das Konfodat ein Betrug, und es wäre besser, jetzt schon die Trennung von Kirche und Staat auszusprechen. Um die Beziehungen der Kirche zum Staat unangetastet zu lassen, nahm die Regierung diese Politik der Vertheidigung auf, zu der die Märzdecrets gehören. Diese Decrete werden ausgeführt werden trotz der Verleumdungen, die an dem vernünftigen Geiste unserer Bevölkerung abgleiten, ohne Spuren zu lassen; trotz der Bechimpfungen und der Drohungen wird das Gebeck die Oberhand behalten. Wir verachten die Bechimpfungen, die Drohungen föhlen uns keine Furcht ein. Die bestehenden Gegege sind mut und weise, und wenn die Stunde kommt, da man zu der angedrohten Empörung aufrufen wird, so werden Sie überrascht sein, zu sehen, mit welcher Leichtigkeit die Regierung, der von der allgemeinen Abstimmung die Aufgabe geworden ist, die Gesetze, alle Gesetze auszuführen, ungesetzlichen Widerstand bewältigen wird; sie wird es verstehen, allen den Geborsam gegen die Gesetze aufzudringen. Dazu braucht sie nur bei der Haltung zu bleiben, die sie bis jetzt bewahrt hat, wie sie vorsichtigen, gemäßigten und festen Regierung zukommt; ja, meinten einer sehr gemäßigten aber auch sehr entschlossenen Person,

# Provinziallandtag des Großherzogthums Posen.

Stern.

## b. Plenarflügung.

Legislatur und erledigte der Provinziallandtag

1. Zur Errichtung einer Landes-Kultur-Kontenbank für Drainage ist die Geneigtheit erklärt und wird eine zu erwählende Kommission ein geeignetes Statut entwerfen resp. ein solches mit der Auseinandersetzungsbehörde und der Landschaft vereinbaren und dem nächsten Provinziallandtag zur endgültigen Beschlussfassung vorlegen.

2. In Betreff der Aufnahme eines Inventariums der Baudenkmäler der Provinz wird ein Eruchen an den Herrn Landtags-Kommissar, um Veranlassung der Vervollständigung des vorgelegten Verzeichnisses, gestellt.
  3. In Folge des von der provinzialständischen Verwaltungskommission über die provinziellen Anstalten und Angelegenheiten erstatteten Berichts wird beschlossen:
    - a) den Etat der Irren-Anstalt zu Owińsk um 4016 Mark gegen den bisherigen Etat zu erhöhen. Ferner wird
    - b) dem Vertrage zwischen dem königlichen Provinzial-Schul-Kollegium und der provinzialständischen Kommission über die Erwerbung des ehemaligen Schullehrerseminars für die hiesige Taubstummen-Anstalt, die Genehmigung ertheilt und die dazu erforderlichen Mittel mit 52,000 Mark bewilligt;
    - c) die an diesem Gebäude bereits ausgeführten Reparaturarbeiten werden anerkannt und über die Verwendung der dazu erforderlich geweisenen Mittel in Höhe von 10,521 M. die Idemnität ertheilt;
    - d) Zum Ankauf des Karls'schen Grundstücks für die Taubstummen-Hilfs-Anstalt in Bromberg den Betrag von 32,000 M. der provinzialständischen Kommission zur Disposition gestellt.
    - e) Den Etat der Taubstummen-Hilfs-Anstalt in Bromberg auf 19,500 M. festgestellt.
    - f) Ueber die Schlussrechnung des Neubaus der Provinzial-Blindenanstalt in Bromberg mit 109,114 M. abschließend, Decharge ertheilt.
    - g) Der Etat der Blindenanstalt in Bromberg auf 24,000 M. festgestellt.
    - h) Zur Unterstützung der aus der Blindenanstalt entlassenen Jögglinge dem Kuratorium 600 M. jährlich zur Disposition gestellt.
    - i) Den Etat der Gärtnerlehranstalt in Kościan, ist unverändert nach dem Vorschlage der provinzialständischen Verwaltungskommission auf 8750 M. jährlich gestellt.
    - k) Zu Vertiefung eines Brunnens und zum Ankauf einer Ackerparzelle für die Gärtnerlehranstalt in Kościan werden der provinzialständischen Kommission 9100 M. zur Disposition gestellt.
    - l) An Zuschüssen für die Ackerbauschulen zu Forbach und Thalhausen werden je 4500 Mark jährlich bewilligt.
    - m) Wegen Abänderung des Reglements vom 12. November 1875 in betreff der Erhebung der Beiträge zu den Fonds zur Unterdrückung der Viehseuchen soll die provinzialständische Verwaltungs-Kommission zum Behuf der Minderbelastung der kleinen Besitzer geeignete Vorschläge dem nächsten Provinziallandtag unterbreiten.
    - n) Der Restbetrag des Fonds zur Vertilgung der Heuschräcken in Höhe von 22,549 Mark wird als erpart in Abgang gestellt.
    - o) Der provinzialständischen Verwaltungs-Kommission ist die Ermächtigung ertheilt, bedürftigen ehemaligen Alumnen des Seminars für Erzieherinnen rückständige Alumnatsstipendien zu erlassen oder zu ermäßigen.
    - p) Die der provinzialständischen Verwaltungs-Kommission zum Ankauf des ehemaligen Schullehrer-Seminars, zum Ankauf des Gebäudes für die Taubstummen-Heilanstalt in Bromberg und die einmalige Ausgabe bei der Gärtner-Lehranstalt in Kościan zur Disposition gestellten Erträge im Betrage von 93,100 Mark sollen aus den kapitalisierten Beständen der zur Durchführung der Kreisordnung bestimmten Rente als Vor-

- schuß entnommen und diesem Fonds in 9 Jahren zu 10,000  
Mark und die letzte Rente mit 3100 Mark aus den auf-  
kommenden Provinzialbeiträgen werden zugeführt werden.

  4. Den vaterländischen Frauen-Vereinen zu Posen und Bromberg  
wird eine Unterstützung von resp. 3000 Mark und 1500 Mark  
bewilligt.
  5. Die Kreirung von 40 Freistellen bei dem Samariter-Ordensstift zu  
Erasnitz für Idioten und der vereinbarte Betrag von 9600 M.  
jährlich wird genehmigt.
  6. Der Erziehungs- und Waisenanstalt in Rößitten wird eine ein-  
malige Unterstützung von 300 M. zugewendet.
  7. Dem St. Josephs-Stift wird zur Unterhaltung eines Kinder-  
Hospitals eine fortlaufende Unterstützung von 300 M. jährlich,  
und zur Errichtung desselben eine einmalige Subvention von  
1000 M. bewilligt.
  8. Dem Dr. Wicheriewicz zu Posen wird zur Erweiterung seiner  
Klinik für Augenkranke der Provinz Posen eine jährliche Unter-  
stützung von 3000 M. gemahnt.

Nächste Plenar-Sitzung Donnerstag den 15. d. Mts., 10 Uhr  
Normittag

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 15. April.

△ [Der Kreisphysikus Dr. Robert Koch] zu Wollstein ist auf die Jahre 1880, 1881 und 1882 zum außerordentlichen Mitgliede des Gesundheitsamts berufen worden.

**r. Wegen Bekleidung des staatstreuen Propstes Kubetzat**  
zu Xions war bekanntlich der Rittergutsbesitzer Kasimir v. Niegolewski angeklagt worden. In Folge der Appellation gegen das Einkünftnis erster Instanz kam diese Anklagesache gestern (14. d. M.) vor dem Strafrenat des hiesigen Oberlandesgerichts zur Verhandlung. Der Angeklagte wurde dabei von seinem Bruder, dem früheren Reichstags-Abgeordneten Dr. v. Niegolewski, vertheidigt. Die Verhandlung endete mit der Berurtheilung des Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe, event. 10 Tagen Gefängniß und Tragung der Kosten, die sich im Ganzen auf 300 Mark belaufen.

+ Schankkonsens. Auf der hiesigen Regierung wurde am 8. d. M. ein öffentlicher Termin über 8 Schank-Konsens-Anträge in der Rekursinstanz verhandelt. Sämtliche Anträge wurden abgewiesen. Gleichzeitig wurde einem Schankwirth der Erlaubnissschein wegen Hazardspiels entzogen und einem Gesinde-Bermieter der Fortbetrieb seines Gewerbes wegen Unzuverlässigkeit untersagt.

□ **Meseritz**, 10. April. [Typhus-Schwurgericht. Marktpreise. Vaterländischer Frauenverein.] Die Typhus-Erkrankungen werden in hiesiger Gegend immer zahlreicher und nehmen, da in den meisten Fällen richtiger Fleckentyphus konstatiert wird, bereits einen ernsten Charakter an. Bereits in 9 Dörfern des hiesigen Kreises ist die Krankheit ausgebrochen, jedoch sind die Erkrankungsfälle in den meisten Orten bisher nur vereinzelt geblieben. — Montag den 12. d. M. nimmt hieselbst die zweite Schwurgerichtssession ihren

Anfang. — Die Durchschnittsmarktpreise stellen sich in hiesiger Stadt gegenwärtig wie folgt: Weizen pro Neuscheffel 8 M., Roggen 6,50 M., Hafer 4,40 M., Gerste 5,50 M., Erbsen 6,60 M., Kartoffeln 1,70 Heu der Ztr. 2,80 M. und Stroh 2,50 M. der Ztr. — Neuerdings ist der im Jahre 1870 hier gegründete Vaterländische Frauenverein, welcher nach Beendigung des Krieges im Jahre 1871 seine Thätigkeit eingestellt hatte, wieder ins Leben gerufen und von Ihrer Maj. der Kaiserin durch ein von Ihr Höchstgeehnändig vollzogenes, in künstlerischer Weise ausgeführtes Diplom in den gemeinsamen Verband aufgenommen worden. Der Vorstand des Vereins fordert nunmehr in einem

Aufruf die Frauen und Jungfrauen unseres Kreises zu recht zahlreichem Beitritt auf. Von den jährlichen Beiträgen der Mitglieder sollen statutenmäßig  $\frac{1}{3}$  an den Hauptverein abgeliefert,  $\frac{1}{3}$  zur Ansammlung eines Reservefonds zinsbar angelegt und  $\frac{1}{3}$  zur Verfügung des Vorstandes gestellt werden. Möge der Beruf des Vereines stets ein recht gesegneter werden.

U. Kawitsch, 10. April. [Ein Lehrer-Veteran.] Im Jahre 1827 übernahm Herr Lehrer Hippauf die Leitung der damals in's Leben gerufenen Armen- und Waisenschule. Neben diesem Amte beschäftigte er sich mit der Ausbildung von jungen Leuten für das Schulfach. Letztere Thätigkeit begann er im Jahre 1830. In einem 50-jährigen Zeitraum hat er 150 Präparanden ausgebildet, die in Seminarien von Bromberg, Posen, Paradies, Koschmin und Kawitsch Aufnahme gefunden haben. Außerdem hat Herr Hippauf zweimal und zwar in den Jahren 1831 bis 1841 und 1861 bis 1867 Güls-Seminare geleitet. In dieser Zeit hat er 117 geprüfte Schulamtskandidaten dem Schulfache zugeführt. Dann hielt er durch 17 Sommerferien hierorts methodologische Kurse ab, durch welche 175 Lehrer und Lehramtsbewerber in ihren Kenntnissen und Fertigkeiten gefördert wurden. Endlich erstreckte sich seine pädagogische Thätigkeit auf die Annahme von Kommissions- und Nachprüfungen in zwei Jahrgängen. Eine solche angestrebte Thätigkeit musste der leiblichen und geistigen Kraft eine Grenze setzen. Der 77jährige Altmeister der Lehrer hat mit dem 1. d. Ms. seiner Werksamkeit bis auf die Armen- und Waisenschule eingagt um dieser Anstalt und seinem Hause noch einige Jahre vorstehen zu können. Herr Hippauf hat bereits im Jahre 1872 sein 50jähriges Lehrer-Jubiläum gefeiert.

□ Ostrowo, 13. April. [Feuer.] Heut Nacht gegen 2 Uhr brach im Schaffstall des gegen drei Kilometer von hier belegenen Fürstlich Radziwill'schen Dominium Wtorek Feuer aus, durch welches nicht nur der Schaffstall und eine Scheune in Asche gelegt, sondern auch eine Anzahl Schafe ein Opfer der Flammen wurden. Es ist dies seit wenigen Wochen der vierte Fall, wo in der Umgegend Brände unter ähnlichen Umständen auf Domänen entstanden und es ist anzunehmen, daß ruchlose Hände dieselben veranlaßten.

S. Aus dem Kreise Kröben, 10. April. [Besichtigung der Orla.] Vor einigen Jahren wurde der untere Lauf der Orla zwischen Sowu und Wyadawn gerade gelegt, wodurch die Besitzer von Pakoslaw und Golejewsko prächtige Wiesen gewonnen, wohingegen die Bewohner von Wyadawn, Lalka u. s. w. sich oft über Vermüttungen ihrer Felder zur Frühjahrszeit beklagten. Durch Anlegung von Schleusen und Seitenanläufen soll diesem Uebelstande, der seinen Grund in der ungünstigen Vorfluth im benachbarten Schlesien haben dürfte, abgeholfen werden und besichtigte in den letzten Tagen Herr Regierungspräsident Wegner unter Führung des Kreislandrats, so wie des Grafen Czarnecki auf Pakoslaw und des königl. Baumeisters diesen Theil der Orla. Auch besuchte Ersterer in Begleitung des Kreisschulinspektors Wenzel einige Schulen des Kreises.

Özarnikau, 10. April. [Kreis-Sparkasse. Aufgeführt sind eine Kindesleiche. Marktpreise.] Ueber den Geschäftsbetrieb der Sparkasse für den Kreis Ozarnikau im Jahre 1879 wird von Seiten des Landratsamtes folgende Uebersicht gegeben: Am Schlusse des Jahres 1878 waren eingezahlt 469,678,96 M. Als neue Einzahlungen im Jahre 1879 kommen hinzu 140,313,04 M. und durch Zuschreibung von Zinsen 21,072,09 M. Ausgegeben wurden in demselben Jahre für zurückgenommene Einlagen 131,802,04. Der Betrag der Einlagen nach Abschluß des Jahres 1879 steigt somit auf 499,262,05 M. und die Zinsüberschüsse belaufen sich auf 5412,13 M. Der Reservefonds, wie er am Schlusse des abgelaufenen Jahres zu Buche stand, beträgt 5938,70 M. Von diesem Vermögen der Sparkasse sind zinsbar angelegt auf Hypothek und zwar auf städtische Grundstücke 147,514,16 M. und auf ländliche Grundstücke 231,775,50 M. Auf Schuldchein gegen Bürgschaft sowie auf Wechsel sind ausgegeben 92,490 M., gegen Hauptpfand 2000 M., zusammen 473,779,66 M. Sparfassenbücher sind im Laufe des Jahres 161 Stück ausgegeben und 89 Stück zurückgenommen worden. Im Umlauf befinden sich im Ganzen 773 Stück; davon weisen 158 Stück eine Einlage bis 60 M. auf; 150 Stück über 60—150 M., 130 Stück über 150—300 M., 128 Stück über 300—600 M. und 207 Stück über 600 M. Die Sparkasse, welche im Jahre 1858 errichtet ist, gewährt als Zinsen für Einzahlungen 5 pCt u. nimmt für ausgeliehene Kapitalien 6 pCt. — Vor einigen Tagen wurde hier selbst in einem Abort die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Der unnatürlichen Mutter ist man bereits auf der Spur. — Die Durchschnittsmarktpreise stellen sich für unsere Stadt pro März cr. wie folgt: Man zahlte für 100 Kgr. Weizen 17,60—18,90 M., Roggen 15,90 bis 17,50 M., Gerste 16,40—17,40 M., Hafer 14,90—15,90 M., Kocherbsen 16,65 M., Kartoffeln 4,15 M., Stroh, 3,75 M. und Heu 4,25 M. Zu Markt gebracht wurden im Ganzen ca. 200 Kgr. Weizen, 1800 Kgr. Roggen, 1300 Kgr. Gerste und 800 Kgr. Hafer.

Landwirthschaftliches.

u. Natwitsch, 13. April. [B i e n e n z ü c h t e r - V e r e i n.] Der Verein für Bienenzucht zu Natwitsch hielt vergangenen Sonntag Nachmittags um 3 Uhr seine Frühjahrs-Versammlung in Punz in Hayn's Hotel ab. Der Vorsitzende, Mühlens- und Bäckereibetreiber Lenzer aus Sarne, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der erschienenen Mitglieder. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die Beteiligung des Vereins an der diesjährigen Wanderversammlung. Den 25. und 26. d. J. wird die schlesische Wanderversammlung für Bienenzucht in Glogau eine Ausstellung veranstalten. Herr Lenzer las die Einladung zur Beteiligung an der Ausstellung vor, welche der Vorstand des glogauer Vereins an den hiesigen gerichtet hat, sowie das Protokoll der vorbereitenden Versammlung, welche am 4. Januar d. J. in Glogau tagte. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder zur zahlreichen Beteiligung und Ausstellung auf, da beides Mittel sind, die Bienenzüchter zur Arbeit anzuспornen. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung beschäftigte sich mit der Beantwortung der Frage: Welche Erfahrungen haben die Mitglieder bei der diesjährigen Auswinterung der Völker gemacht? Es entspann sich hierbei eine recht lebhafte Debatte, aus der wir Folgendes hervorheben. Die meisten Bienenzüchter haben einen herben Verlust sowohl an ganzen Völkern, als auch an Bienen erlitten. Der Grund hiervon ist allein darin zu suchen, daß im vergangenen Herbst die Kälte zu plötzlich eintrat, und daß der Winter ein zu langer und strenger war. — Der letzte Gegenstand der Tagesordnung waren Mittheilungen über nothwendige Beschäftigungen des Bienenzüchters im Monat April. Der Vorsitzende empfahl in erster Linie genaue Revision der Völker, ob Brut in allen Stadien und der nötige Futter-Worrath vorhanden ist. Gleichzeitig muß im April der sogenannte scharfe Frühjahrschnitt vorgenommen werden, weil dadurch die Bienen zur größeren Thätigkeit angeregt werden. Als Nothfutter wurde Wabenhonig als zweckmäßig erachtet. Sollte derselbe nicht zu haben sein, so kann aufgelöster Zucker, mit Honig vermischte, gereicht werden. Dieses Futter ist in Futtergeschirre oder leere Waben zu füllen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über das Heilverfahren drohnenbrütender oder weifelloser Völker, sowie über die zweckmäßige Behandlung der Kloßbauten und Strohförde, und über das Umquartieren beider in Dzierzon-Kästen verhandelt. Der Schluß der Versammlung erfolgte erst nach 7 Uhr. Die nächste Sitzung findet den 6. Juni im hiesigen Schiekhause statt.

## **Staats- und Volkswirtschaft.**

\*\* Berlin, 13. April. [Diskonto-Gesellschaft.] Heute fand eine Sitzung des Verwaltungsrathes der Diskonto-Gesellschaft statt, in welcher über die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde. Der Gewinn beträgt ca. 9,900,000 Mk., wovon ca. 720,000 Mk. für Bernhaltungskosten abgehen und 2400,000 Mk. für die



Newyork, 13. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12 $\frac{1}{2}$  do. in New-Orleans 12 $\frac{1}{2}$ . Petroleum in Newyork 7 $\frac{1}{2}$  Gd. do. in Philadelphia 7 $\frac{1}{2}$  Gd., rohes Petroleum 6 $\frac{1}{2}$  do. Pipe line Certificats — D 74 C. Mehl 5 D. 00 C. Rother Winterweizen 1 D 38 C. Mais (old mixed) 53 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 $\frac{1}{2}$ . Kaffee (Rio) 14 $\frac{1}{2}$ . Schmalz (Markt Wilcog) 7 $\frac{1}{2}$  do. Fairbanks 7 $\frac{1}{2}$  do. Rohe & Brothers 7 $\frac{1}{2}$ . Speck (short clear) 7 $\frac{1}{2}$  C. Getreidefracht 5.

## Produkten-Börse.

Berlin, 14. April. Weizen per 1000 Kilo lofo 200—235 M. nach Qualität gefordert, feiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bezahlt, per April — bez., per April — Mai 216 $\frac{1}{2}$ —215 $\frac{1}{2}$  bezahlt, per Mai-Juni 215—214 bezahlt, per Juni-Juli 211—209 bezahlt, per Juli-August 204 $\frac{1}{2}$ —203 bez., per Sep.-Oktobter 198 $\frac{1}{2}$ —197 $\frac{1}{2}$  M. bezahlt. Gefündigt 16000 Zentner. Regulierungspreis 116 Mark. — Roggen per 1000 Kilo lofo 165—177 M. nach Qualität gefordert. Russ. 166 a. V. bezahlt inländ. 174 M. ab Bahn bezahlt, Klamm. — M. ab B. bezahlt, — M. ab Bahn bezahlt, per April 166 $\frac{1}{2}$ —165 $\frac{1}{2}$  bez., per Jul.-Mai 166 $\frac{1}{2}$ —165 $\frac{1}{2}$  bez., per Mai-Juni 162—160 $\frac{1}{2}$  Mark bez., per Juni-Juli 158 $\frac{1}{2}$ —157 $\frac{1}{2}$  Mark bezahlt, per Juli-Aug. 153 $\frac{1}{2}$ —153 bez. V. per Aug.-Sep. — bez., per September-Oktobter 151—150 $\frac{1}{2}$  bezahlt. — Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo lofo 161—203 nach Qualität gefordert. Hafer per 1000 Kilo lofo 145—165 nach Qualität gefordert, Russischer 145 bis 155 bezahlt, Pommerscher 155—159 bez., Ost- und Westpreußischer 152—156 bez., Schlesischer 156—159 bez., Böhmisches 155 bis 159 bez., Galizischer — bez., per April — M. bez., per April-Mai 144 Mark bez., per Mai-Juni 144 $\frac{1}{2}$  bezahlt, per Juni-Juli 145 $\frac{1}{2}$  bezahlt, per Juli-August 143

bez., per August-Sept. — B. per September-Oktobter 140 bezahlt. Gefündigt 3tr. Regulierungspreis — M. bezahlt. — Gräben per 1000 Kilo Kochware 170 bis 205 M. Butterware 160 bis 168 M. — Mais per 1000 Kilo lofo 146—148 bezahlt nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikanischer — ab Kahn bezahlt. — Weizen m e h l per 100 Kilo brutto, 00: 32,00—29,50 M. 0: 29,50—28,50 M. 0/1: 28,50—26,50 M. — Roggen n m e h l incl. Saat, 0: 25,25 bis 24,25 M. 0/1: 24,00 bis 23,00 M. per April 22,50—22,45 bezahlt, per April-Mai 22,50—22,45 bez., per Mai-Juni 22,35—22,30 bezahlt, per Juni-Juli 22,25—22,20 bezahlt, per Juli-August 22,10—22,05 bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — bezahlt. — D e i s a a r per 1000 Kilo Winterraps 235 bis 244 M. per September-Oktobter — bez., per November-Dezember — bez. Winterrüben 230—240 M. per S.O. — bezahlt, per N.O. — bezahlt. — Rübel per 100 Kilo lofo ohne Fas 51,3 bez., flüssig — M. mit Fas 51,6 M. per April 52,8—5 M. bez., per April-Mai 51,8—51,5 M. bez., per Mai-Juni 51,8—51,5 bez., per Juni-Juli 52,5—52,3 bez., per Juli-August — bez., per August-September — bezahlt. — S p o t t o p t. 54,9—54,5 bez., per Novbr.-Dezember — bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bezahlt. — L e i n ö l per 100 Kilo lofo 65 M. — Petroleum per 100 Kilo lofo 25,0 M. per April 24,1 bezahlt, per April-Mai 23,1 bezahlt, per Mai-Juni 25,0 M. per Sept.-Oktobter 25,0 M. bez. — Ge- fündigt — Zentner. Regulierungspreis — bezahlt. — S p i r i t u s per 100 Liter lofo ohne Fas 60,6—60,5 bezahlt, per März-April 60,0 bis 60,2—59,9 bezahlt, per April — Mai 60,0—60,2—59,9 bezahlt, per Mai-Juni 60,2—60,4—60,1 bezahlt, per Juni-Juli 61,1—61,2—60,9 bezahlt, per Juli-August 61,8—61,9—61,7 bezahlt, per August-September 61,8—62,0—61,7 bezahlt, per September-Oktobter 57,7 bezahlt. — Gefündigt 100,000 Liter. Regulierungspreis 60,0 bez. (B. V.-Z.)

**Stettin, 14. April. (An der Börse)** Wetter: Schön + 12 Grad R. Barometer 28,6. Wind: Süden. Weizen flau, per 1000 Kilo lofo gelber inländ. 206—211 M. weiss 208—214 M. per Frühjahr 211 M. Br. 210 M. Gd. per Mai-Juni 29,5—208,5 M. bez., Juni-Juli 211,5—208 M. bez., per Juli-August — M. bez., pr. September-Oktobter 199,5—199 M. bez., Roggen matt, per 1000 Kilo lofo inländischer 165—169 M. rössiger 166 bis 169 M. bei Kleinigkeiten bezahlt, per Frühjahr 162,5—161—161,5 M. bez., per Juni-Juli 153,5—152 M. bez., per Juli-August 151 M. bez., per September-Oktobter 148—147 M. bez., — Gerste unverändert, per 1000 Kilo lofo keine Brau 165—170 M. Oberbruch 160—164 M. Hafer behauptet, per 1000 Kilo lofo inländischer 140—145 M. feiner Pommerischer 147—150 M. — Gräben ohne Handel. — Winterrüben flau, per 1000 Kilo lofo per April-Mai 238 M. Br. per September-Oktobter 248 M. bez., Rübel flau, per 100 Kilo lofo ohne Fas bei Kleinigkeiten flüssig 53,5 M. Br. per April-Mai 52 M. bez., per Mai — M. Br., per Juni-Juli — M. Br., per September-Oktobter 55 M. bez., Spiritus still, per 10,000 Liter pCt. lofo ohne Fas 60 M. bez., per Frühjahr 60—59,8 M. bez., per Mai-Juni 60 M. bez. u. Gd., per Juni-Juli 60,9—60,8 M. bez., per Juli-August 61,5 M. bez., per August-September 61,7 M. Br. u. Gd., per September-Oktobter 57,6 M. Br. u. Gd. Angemeldet: 5000 Ctnr. Roggen, 100 Ctnr. Rübel 52 M. Regulierungspreise: Weizen 210 M. Roggen 162 M. Rübel 52 M. Spiritus 59,9 M. — Petroleum lofo 8,5 M. trans. bez., Regulierungspreis 8,5 M.

Heutiger Landmarkt: Weizen 210—219 M. Roggen 168—175 M. Gerste 165—172 M. Hafer 152—156 M. Gräben 165—177 M. Kartoffeln 57—72 M. Heu 2,5—3 Mark. Stroh 27—30 M. (Ostsee-Ztg.)

Berlin, 14. April. Die Eröffnung des heutigen Verkehrs stand ausschließlich unter der herrschenden Verstimmung, welche der Abschluß der Diskonto-Gesellschaft unter der gesammten Spekulation hervorgerufen hatte. Die Erwartungen derselben waren bitter getäuscht, und es war vielleicht weniger die Dividendenziffer selbst, als vielmehr die geringfügige Steigerung des Gewinns, welche verstimmt. Diskonto-Kommandit-Antheile, welche gestern 182 schlossen, wurden unter großem Gedränge und Lärm sofort auf 175 geworfen, um rasch bis 173 zu weichen und um 174 zu schwanken. An diese Bewegung schlossen sich deutsche Bank-, Darmstädter und Kredit-Aktien mit

starken Rückgängen eng an. Auch Dortmunder Union und Laurahütte waren auf die schwächeren Meldungen aus der Eisen-Industrie matt und vernachlässigt. Auch fremde Renten traten bei mäßigen Umsätzen und kleinen Abschwächungen in den Hintergrund. Dagegen behaupteten sich Mecklenburgische Eisenbahn-Aktien und Freiburger, Bergische und Mainzer, Galizier und Lombarden, wenngleich auch auf diesem Gebiete das Geschäft beschränkt blieb. Rumänen ermittelten. Im Übrigen herrschte mehr Geschäftsstille, als schwache Haltung. Die gegen baar gehandelten Aktien blieben ziemlich unverändert; Anlagewerthe erschienen still und fest; für auswärtige Eisenbahn-Obligationen herrschte

eineige Frage. Die Meldungen der auswärtigen Börsen blieben fast ganz unberücksichtigt und die Beurtheilung des Abschlusses der Diskonto-Gesellschaft beherrschte das Geschäft der ersten Stunde fast ausschließlich. Die zweite Stunde verließ gleichfalls schwach, aber etwas beruhigter; nach weiteren Rückgängen überwogen schließlich die Erholungen. — Per Ultimo notierte man: Franzosen 479—478, Lombarden 139,50—42—141,50, Kreditaktien 487—7,50—5—487, Diskonto-Kommandit-Antheile 174—5—2,50—173,50. Der Schluss war etwas fester.

## Hörs- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 14. April 1880.

**Preußische Hörs- und Geld-Courie.**

|                       |                 |    |   |
|-----------------------|-----------------|----|---|
| Consol. Anleihe       | 106,00          | bz | B |
| do. neue 1876         | 99,75           | bz |   |
| Staats-Anleihe        | 99,75           | bz |   |
| Staats-Schuldch.      | 96,25           | bz |   |
| Od.-Deichh.-Obl.      | 102,10          | bz |   |
| Berl. Stadt-Obl.      | 103,90          | bz | G |
| do. do.               | 94,40           | bz |   |
| Schlo. d. B. Kfm.     | 102,25          | B  |   |
| Pian d brie fe:       |                 |    |   |
| Berliner              | 103,90          | bz |   |
| do.                   | 108,00          | G  |   |
| Kurh. Central         | 99,30           | bz |   |
| Kurz u. Neumärk.      | 91,00           | G  |   |
| do. neue              | 91,00           | G  |   |
| do. 100,00            | bz              | B  |   |
| do. neue              | 103,25          | B  |   |
| R. Brandbg. Cred.     | 4               |    |   |
| Ostpreußische         | 90,60           | bz |   |
| do.                   | 99,30           | bz |   |
| do.                   | 101,40          | bz |   |
| Pommersche            | 90,50           | G  |   |
| do.                   | 100,10          | B  |   |
| Posensche, neue       | 99,50           | bz | B |
| Sächsische            | 99,00           | G  |   |
| Schlesische altl.     | 91,40           | G  |   |
| do. alte A. u. C.     | 4               |    |   |
| do. neue A. u. C.     | 4               |    |   |
| Weipr. ritterich.     | 90,50           | bz |   |
| do.                   | 99,20           | bz |   |
| do.                   | 100,60          | bz |   |
| do. II. Serie         | 5               |    |   |
| do. neue              | 4               |    |   |
| do.                   | 102,70          | G  |   |
| Rentenbriefe:         |                 |    |   |
| Kurh. u. Neumärk.     | 100,30          | bz |   |
| Pommersche            | 100,30          | bz |   |
| Posensche             | 99,80           | bz |   |
| Preußische            | 99,90           | bz |   |
| Rhein. u. Westfäl.    | 100,10          | G  |   |
| Sächsische            | 100,10          | bz |   |
| Schlesische           | 100,20          | G  |   |
| Souvereinges          | 20-Französische |    |   |
| do. 500 Gr.           | 20,37           | G  |   |
| Dollars               | 16,21           | G  |   |
| Imperials             | 4,24            | G  |   |
| do. 500 Gr.           | 16,67           | G  |   |
| Fremde Banknoten      | 1394,00         | bz |   |
| do. einlös. Leipz.    | 80,95           | bz |   |
| Franzö. Banntot.      | 170,80          | bz |   |
| Desterr. Banntot.     | 171,00          | B  |   |
| do. Silbergulden      | 215,05          | bz |   |
| Russ. Noten 100 Rubl. |                 |    |   |
| Deutsche Hörs.        |                 |    |   |
| P.-A. v. 55-100 Th.   | 143,90          | bz |   |
| Gef. Prsch. a 40 Th.  | 281,75          | bz |   |
| Bad. Pr.-A. v. 67.    | 134,40          | B  |   |
| do. 30 fl. Obligat.   | 175,50          | bz |   |
| Bair. Präm.           | 134,50          | G  |   |
| Braunschw. 20thl.-L.  | 97,50           | bz | B |
| Brem. Anl. v. 1874    | 98,30           | bz | G |
| Cöln.-Med.-Pr. Anl.   | 133,00          | bz | G |
| Deß. St. Pr.-Pfdbr.   | 126,00          | bz | B |
| Goth. Pr.-Pfdbr.      | 50,20           | bz |   |
| do. II. Abth.         | 511,80          | G  |   |
| Ob. Pr.-A. v. 1866    | 514,50          | bz | B |
| do. 5. A. Stieg.      | 61,80           | bz |   |
| do. 6. do. do.        | 85,00           | bz |   |
| do. Pol. Sch.-Obl.    | 82,80           | bz |   |
| do. do. kleine        | 4               |    |   |
| do. do. II.           | 6               |    |   |
| Italienische Rente    | 84,10           | bz | B |
| do. Tab.-Oblg.        | 6               |    |   |
| do. Boden-Credit      | 5               |    |   |
| do. Pr.-A. v. 1864    | 152,25          | G  |   |
| do. do. v. 1866       | 149,50          | bz | B |
| do. 5. A. Spielh.     | 101,25          | bz |   |
| do. do. A. v. 1862    | 85,80           | bz |   |
| do. do. v. 1864       | 87,50           | bz |   |
| Ungar. Goldrente      | 90,50           | bz |   |
| do. St.-Gsb. Att.     | 89,60           | bz |   |
| do. do. Loope         | 213,20          | bz |   |
| do. Schätzch. I.      | 6               |    |   |
| do. do. kleine        | 6               |    |   |
| do. do. II.           | 6               |    |   |
| do. do. 102,70        | G               |    |   |
| Rentenbriefe:         |                 |    |   |
| Kurh. u. Neumärk.     | 100,30          | bz |   |
| Pommersche            | 100,30          | bz |   |
| Posensche             | 99,80           | bz |   |
| Preußische            | 99,90           | bz |   |
| Rhein. u. Westfäl.    | 100,10          | G  |   |
| Sächsische            | 100,10          | bz |   |
| Schlesische           | 100,20          | G  |   |
| Souvereinges          | 20,37           | G  |   |
| 20-Französische       | 16,21           | G  |   |
| do. 500 Gr.           |                 |    |   |
| Dollars               |                 |    |   |
| Imperials             |                 |    |   |
| do. 500 Gr.           |                 |    |   |
| Fremde Banknoten      |                 |    |   |
| do. einlös. Leipz.    |                 |    |   |
| Franzö. Banntot.      |                 |    |   |
| Desterr. Banntot.     |                 |    |   |
| do. Silbergulden      |                 |    |   |
| Russ. Noten 100 Rubl. |                 |    |   |
| Deutsche Hörs.        |                 |    |   |
| P.-A. v. 55-100 Th.   |                 |    |   |
| Gef. Prsch. a 40 Th.  |                 |    |   |
| Bad. Pr.-A. v. 67.    |                 |    |   |
| do. 30 fl. Obligat.   |                 |    |   |
| Bair. Präm.           |                 |    |   |
| Braunschw. 20thl.-L.  |                 |    |   |